

Einzelpreis 40000 M.

Bezugspreis monatlich:
 In der Geschäftsstelle 800.000 Mk. pol.
 Durch Zeitungsbüro 80.000
 die Post 850.000
 Ausland 1200.000
 Pro Woche 250.000
 Redaktion und Geschäftsstelle:
 Lódz, Petrikauer Straße Nr. 86.
 Telephon Nr. 6-88.
 Postcheckkonto 60.689.

Honorare werden nur nach vorheriger Vereinbarung anerkannt. Unverlangt eingehende Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Geschäftsstelle mit Ausnahme der nach Feiertagen folgenden Tage frühmorgens.
 Anzeigenpreise:
 Die 1-gese. Millimeterzeile 9000 Mk. pol.
 Die 3-gese. Reklamezeile 30000
 Eingeblendet im lokalen Teil 6000
 Für Arbeitsuchende beförderte Vergünstigungen. Anzeigen an Sonn- und Feiertagen werden mit 25 Prozent berechnet, Auslandsförderung 50%, Zuschlag bei Betriebsförderung durch höhere Gewalt, Arbeitsniederlegung, Schließung der Zeitung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 156.

Lódz, Donnerstag, den 22. November 1923.

1. Jahrgang.

Eine neue Koalitionsregierung?

Polnischen Blättermeldungen aus Warschau zufolge, waren während des am Sonntag stattgefundenen Besuchs des Staatspräsidenten Wojciechowski beim Ministerpräsidenten Witold die wichtigsten Staatsangelegenheiten erörtert, darunter auch die Frage eines baldigen Regierungsumschlags. Herr Wojciechowski lenkte die Aufmerksamkeit auf die starke Opposition im Sejm, die keinen politischen Anteil an den Staatsgeschäften nimmt. Widerstand der Bevölkerung erwog man einen eventuellen Rücktritt der Regierung und die Schaffung eines außerhalb des Parlaments stehenden Koalitionskabinetts, an dessen Spitze der ehemalige Finanzminister Włodzimierz Grabiski oder der frühere Ministerpräsident General Sikorski stehen würde. Die Aussichten wären für Grabiski günstiger, da dieser auch die Unterstützung gewisser Rechteparteien erlangen könnte. Ein Kabinett Grabiski würde ausschließlich im Bereich der Sanierung der Staatsfinanzen stehen.

Im Falle der Regierungsräte würden die Versprechungen in dieser Frage unzureichend sein. In diesen Tagen gibt sich Ministerpräsident Witold noch Spaltung der Staatspräsidenten zurzeit weiß, um mit diesem die Versprechungen fortzusetzen. Die Initiative sowie die Verhandlung mit den Parteien würde Herr Wojciechowski übernehmen.

In den Einzelsfraktionen wird auf die Unmöglichkeit hinweisen, einem Koalitionskabinett beizutreten, in dem natürliche Parteien der äußersten Rechten vertreten wären. Die Fraktionen der Linken würden allenfalls eine Zentrumsgouvernement mit eingeschlossen, wenn diese aus den Blättern, den Nationalkomiteen und der Zentrumspartei unter Beteiligung des Nationalen Volksverbandes zusammengeht wäre.

Für den Fall, daß der Gesamtkoalitionskabinett sich verwirrlich machen sollte, mag in Witoldkreisen rochste die Kabinettssie die Stunde: Minister Grabiski — Włodzimierz Grabiski,

Innenminister — Sejmarschall Rataj, Amtsherr — Abg. Dobrowski, oder Leopold Skulski, Heereswesen — General Sosnkowski, Unterricht — Abg. Waszkiewicz.

Die Verteilung der Portefeuilles soll insoweit den Interessen der Parteien Rechnung tragen, als jede die Regierung unter sichende Partei durch einen Minister in der Regierung vertreten sein soll. Im übrigen soll es ein Kabinett von Fachministern sein.

Nutzarmachung der Weichsel für Ostpreußen.

Paris, 21. Nov. (Pat.) Heute haben die Verhandlungen in der Hauptkommission für deutsch-polnische Grenzbefestigungsfragen begonnen. Gemäß dem Art. 97 des Versailler Vertrages beschäftigt sich die Kommission mit der Regelung der Frage der Nutzarmachung der Weichsel für die Bevölkerung Ostpreußens. Im Namen Polens wurde der Kommission seitens des Koalitionsrats Gemeindeko ein ausführlicher Bericht überreicht. Die Arbeiten der Kommission werden mehrere Tage dauern.

Zu den Ausweisungen polnischer Juden aus Bayern.

Berlin, 21. November. (U. W.) Die Blätter berichten, daß die bayrische Regierung in Erwiderung des vom polnischen Gesandten in Berlin gegen die Ausweisung polnischer Juden aus Bayern erhobenen Protestes, der Reichsregierung eine Denkschrift überliefert habe, in der sie ihre Maßnahmen begründet. Sie bemerkt darin, daß in jedem einzelnen Falle die bayrischen Behörden nur Juden ausgewiesen hätten, die sich der Übertretung von Gesetzen und Begehung von Kriminalverbrechen, besonders auf dem Gebiete der Finanzabrechnung, schuldig machen.

Schwache Aussichten für die Stresemann-Regierung.

Berlin, 21. November. (Pat.) In hoffigen parlamentarischen Kreisen werden die Aussichten für das Kabinett Stresemann im allgemeinen ziemlich pessimistisch bewertet. Nach Ansicht dieser Kreise wird das Abstimmungsergebnis den Reichspräsidenten Goerdau zu nutzen eine neue Regierung zu berufen. Allerdings nach wird dies ein Beamtenkabinett mit rechtsparteilicher Färbung sein.

Wien, 21. November. (Pat.) Die "Wiener Allgemeine Zeitung" berichtet aus Berlin, die Hoffnung, daß die gesetzlichen Vorstöße mit den Kommunen der Regierung zum Vorfall gereichen würden, habe sich nicht erfüllt. Gleichwohl die rechtsorientierten als auch die sozialistischen Blätter bestehen darin, daß das Kabinett Stresemann nur diktieren müsse. Da die sozialistischen Kreise habe Nervosität ergriffen, da sie den Ausblick der Einführung einer Diktatur nicht mehr erwarten könnten. Sollte sich nichts Anwähren, so werde die Regierung am Freitag abends (Sonntagnachmittag) gestartet werden. Bis dann folgen werde sei schwer vorzusagen. Wie verläuft, wird Reichspräsident Kurt Stresemann die Erteilung zur Auflösung des Reichstags nicht erteilen.

Die Not des deutschen Volkes

Katowice, 21. November. (Pat.) Aus Katowice wird berichtet, daß dort eine Biot eine Billion Reichsmark kostet.

Berlin, 21. November. (U. W.) In Biegitz ist es zu blutigen Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Arbeitslosen und der Polizei gekommen. Mehrere Personen wurden getötet und eine große Anzahl verwundet. Die Erregung unter den Arbeitern wird fast. Einzelne Gruppen unternehmen Raubüberfälle auf die umliegenden Dörfer, um sich Lebensmittel zu verschaffen.

Berlin, 21. November. (Pat.) Gegen 6000 Arbeiterlese, denen wegen des Bargeldmangels die Unterstellungen nicht restlos ausgeschlagen werden konnten, veranstalteten gestern abend in den Straßen Berlins eine Kundgebung. Als die Manifestanten zur Plünderung vor-

ebenem Hotel schritten übergingen, mußte die Polizei einschreiten, wobei ein Demonstrant verwundet wurde.

Um eine Auleihe für Deutschland.

Paris, 21. November. (U. W.) "Petit Journal" berichtet, daß in Amsterdam Verhandlungen zwischen englischen, amerikanischen und deutschen Finanzleuten in Sachen einer englisch-amerikanischen Auleihe für Deutschland stattfinden. Erstere verlangten, daß die Auleihe durch das Vermögen der drei deutschen Industriellen: Prinz Hohenlohe, Graf von West und Fürst Habsburg bedeckt werden solle. Diese Garantien erreichten die Summe von gegen 12 Millionen Pfund Sterling. Für das erhaltene Geld wird Deutschland Lebensmittel in Amerika und Kohle in England einzukaufen, während der Rest zur Sanierung der Staatsfinanzen verwandt werden soll.

Blutige Kämpfe mit den Sonderbündlern

Krauskopf a. M., 21. November. (Pat.) Die rheinischen Sonderbündler haben nach Eintreffen neuer Verstärkungen einen ehemaligen Versuch unternommen, Mainz in ihren Besitz zu bringen. Es gelang ihnen das Rathaus zu besetzen, wo sie sich verbündet hatten.

Berlin, 21. November. (Pat.) Zwischen den Sonderbündlern und den Nationalsozialisten ist es heute in Mainz zu einem überaus blutigen Zusammentreffen gekommen, während dessen 130 Sonderbündler getötet wurden. Lebhafte Kämpfe fanden in der Umgebung von Bonn statt.

Die Wiederaufnahme der Militärkontrolle in Deutschland.

Paris, 21. November. (Pat.) Die Volkskammer hat in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, Deutschland mitzutun, daß die interalliierte Kontrollkommission ihre Tätigkeit bereits aufgenommen habe. Die deutsche Regierung werde für die Sicherheit der Kommissionsmitglieder verantwortlich sein. Für den Fall eines ablehnenden Standpunktes seitens Deutschlands behalten sich die Verbündeten Maßnahmen, wie sie solche für angebracht halten werden, vor.

Die deutschen Protestanten Polens und ihre Stellung zu Staat und Volk.

Wir entnehmen diesen beachtenswerten Rücksicht aus der Feder des Herrn Pfarrer Dr. Theodor Zöckler dem „Evangelischen Gemeindeblatt“. Die Schrift.

Die evangelische Kirche in Polen befindet sich in einer äußerst schweren Lage. Wir sagen: „Die evangelische Kirche“ und nicht „Die evangelischen Kirchen“. Denn obwohl es in Polen, wenn man auf die äußere Organisation blickt, gegenwärtig fünf verschiedene evangelische Kirchen gibt mit besonderer Verfassung und besonderen Kirchenbehörden, die sich in keinerlei organischem Zusammenhang mit einander befinden, so stehen wir doch auf dem Standpunkt, daß im tiefsten Grunde diese Kirchen eine Einheit bilden, weil sie alle auf dem reformatorischen Grunde des Wortes Gottes und der Lehre von der Rechtfertigung durch den Glauben allein stehen, weil sie sich alle als Glieder des großen Weltprotestantismus fühlen. Unsere kleine Kirche in Kleinpolen, die sich evangelische Kirche A. und H. B. nennt, wird, wie sie es bisher getan hat, auch in Zukunft stets diesen Einheitsgedanken auf ihre Fahne schreiben und immer bereit sein, da, wo es sich um gemeinsame Bezeugung des Glaubens und gemeinsame Verteidigung unserer Rechte handelt, sich mit in die Front zu stellen.

Wir sagen, daß Lage der evangelischen Kirche in Polen ist gegenwärtig eine schwere. Nicht darum, weil es verschiedene evangelisch-lutherische Organisationen gibt. Das braucht kein Hindernis weder der engen brüderlichen Gemeinschaft noch auch eines starken geschlossenen Austreibens gegenüber der Arbeiterwelt zu sein. Es müßte nur Ernst gemacht werden mit dem von uns von Anfang an vertretenen Gedanken des Kirchenbundes, der leider durch die Verhältnisse immer wieder in scheinbar weitere Ferne gerückt wird. Wie sehr er notwendig wäre, das beweisen gerade die Vorlommissie der letzten Zeit.

Die große Schwierigkeit für den Protestantismus in Polen liegt in der verschiedenen Einstellung nicht nur der einzelnen Kirchen, sondern auch der innerhalb jeder einzelnen kirchlichen Organisation vorhandenen nationalen Gruppen bezüglich der Stellung zu Staat und Volk. Am stärksten treten diese Gegensätze innerhalb der lutherischen Kirche im ehemaligen Kongresspolen hervor. Fast gar nicht sind sie vorhanden in den unitierten und in der oberösterreichischen Kirche; allein das Problem klopft immerhin auch schon an die Pforten dieser Kirchen und ähnlich drückt es in der bisher wesentlich aus evangelischen Polen bestehenden reformierten Kirche Kongresspolens selbst. Die evangelische Kirche A. u. H. B. in Kleinpolen besteht zwar ganz überwiegend aus Deutschen; aber die kleine Schar evangelischer Polen macht sich in ihr seit einiger Zeit sehr bemerkbar und hat es in den Stadtgemeinden Krakau und Lemberg zu ernsten Konflikten gebracht. Neuerdings haben sich die evangelischen Polen unter Führung der Warschauer lutherischen Kreise zu einem Bunde der Evangelischen Polens zusammengetragen, der offenkundig die Absicht hat, alles, was es an evangelischen Polen innerhalb des Staates gibt, in einer großen Einheit zusammenzuschließen. Auf deutscher evangelischer Seite ist bisher etwas Lehnliches nicht gemacht, wovon auch vor einem Jahre in Katowitz die Vertreter der unitierten Kirchen Polens, Pommerebens und Oberschlesiens und die Vertreter Kleinpolens und der Breslauer Gemeinde sich zwecks Herstellung einer Arbeitsgemeinschaft in Fühlung setzten. Aber ein solcher Zusammenschluß liegt in der Luft; er scheint eigentlich eine Notwendigkeit.

Dies wird gleichzeitig an den verschiedenen Orten ganz besonders lebhaft empfunden, seit wir erkennen, daß die Stellung des Staates zu den evang. Deutschen in allen

Das Wichtigste im Blatt:

Offizieller Dollar-Kurs = 2.100,000 poln. Mark.

Eine neue Koalitionsregierung?

Die deutschen Protestanten Polens und ihre Stellung zu Staat und Volk (Leitartikel).

Schwache Aussichten für die Stresemann-Regierung.

Blutige Kämpfe mit den Sonderbündlern.

Um eine Auleihe für Deutschland.

Kündigung des Lohnabkommen in der Lodzer Textilindustrie.

Teilgeblieben gegenwärtig diese'se ist — nämlich off' über die eines Mißtrauens, das sich in Haussuchungen, Beichlagernahmungen, Arrestierungen und dergleichen findet. Wer dieser Ecke hat in die Verhältnisse der evangelisierten Kirche Polens und Sommerhüllens; wer die leitenden Persönlichkeiten dieser Kirche kennt, der weiß, mit welch außerordentlicher Vorsicht und Zurückhaltung dieselben sich gerade nach der politischen Seite hin verhalten haben und wie ungerecht der Verdacht und Vorwurf ironischer oder staatsfeindlicher Machenschaften gegen die Geistlichkeit dieser Kirche ist. Jämmerlich ist man sich allenfalls erläutert, daß in Polen, wo offenbar gegenwärtig eine Politik der Nachsicht das Wort hat, und wo insbesondere der Appell an den Volkskund schon als Staatsverbrechen aufgelistet zu werden scheint, das allgemein gegen jeden Deutschen — auch gegen die deutsch-katholischen Domherren in Greifswald und Tilsit — herrschende Mißtrauen auch auf die errang. Geistlichkeit aufzuschieben wird. Aber unverständlich ist es, wenn diese Politik des Mißtrauens und der Nachsicht auch dorhinaus ihre Führer ausschreibt, wo auch jeder Schein einer Berechtigung dazu fehlt.

Die Bromberger Staatsanwaltschaft hat den Anlaß gegeben, daß an einem Tage in ganz Polen bei führenden deutschen Persönlichkeiten Haussuchungen gehalten wurden. Vermöglich handelt es sich darum, Material zu finden, welches die verderbliche Tätsigkeit des Deutschkonsabusses und den gemeinsamen Versuch einer allgemeinen staatsfeindlichen Organisation des Deutschiums beweisen sollte. Wenn der Bromberger Staatsanwalt Anlaß hatte, eine solche Untersuchung vorzunehmen, so müssen wir uns schon hineinfinden. Aber gegen die Form, in welcher diese Haussuchungen bei den Pfarrern unseres Landes gehalten wurden, müssen wir Verwahrung einlegen. War es zum Beispiel nötig, daß die Pfarrhäuser von Stanislaus und Ugartthal von Polizisten mit ausgepflanzten Bajonetten umstellt wurden, ja daß in jedes Zimmer ein polnischer Polizist gesetzt wurde und gleichzeitig auf der Straße eingeschlossene Polizisten patrouillierten, so daß ein großes Aussehen in der Öffentlichkeit gemacht und natürlich die unslublichen Geistliche hervorgerufen wurden? War es ratsam, daß unverantwortete Beamte, denen offenbar die nötige Sachkenntnis fehlte, die ganze Korrespondenz durchsuchten und Hause von Sachen mitnahmen — darüber ist sich die Auseinandersetzung, die auch nicht das mindeste mit der Politik zu tun hatten? Wir hören, daß in Lissa Pastor Willmann erstaunlich gegen diese Form protestiert und schließlich durchgesetzt hat, daß der Vertreter der Staatsanwaltschaft selbst die Revision in seinem Hause vorgenommen hat. Es scheint uns, daß solche Pfarrer, die seit Jahrzehnten ihre kirchliche Freiheit und Loyalität gegenüber den Staatsgesetzten bewiesen haben und die sich bei ihren Gemeinden ebenso wie bei den Bekörden der vollen Achtung erfreuen, in solchen Fällen rückhaltloser behandelt werden müssen.

Der Herausgeber des Gemeindeblattes schreibt dies nicht, weil er möchte, daß durch diese Haussuchungen seiner Stellung über der Sache, die er vertritt, ein Schaden zugefügt werden könnte. Im Gegenteil — der Eindruck, den diese ganze Sache hervorgerufen hat, kann für die Betroffenen nur ein günstiger sein. Aber bedauernswert ist es, daß in der evangelischen Bevölkerung dadurch Gefühle gegenüber den Staatsorganen hervorgerufen werden, die man leicht vermeiden könnte, wenn man eine taktilvollere Form wählen wollte.

In der Presse heißt es, daß diese Haussuchungen den Zweck hätten, die Deutschen überhaupt einzuschüchtern und in der Besetzung ihrer nationalen Besitzungen irra zu machen. In einer Zeit wie der unsrigen, kann man aber durch Terror auf diesem Gebiet nur das Gegen teil von dem, was man erreicht, erreichen. Die führenden deutschen Blätter, wie die Podzner "Freie Presse" und die Bromberger "Deutsche Rundschau" sind der Meinung, daß sich nun erst recht das gesamte Deutschium einschließlich der Elemente, die sich bisher nach zurückgehalten haben, zum Schutz der ihm durch die Konstitution gewährten Rechte und zur Verstärkung seines Volksstums zusammenschließen wird.

Wir möchten in unserem Blatt diese Sache vom Standpunkt der evangelischen Kirche aus beleuchten. Da würden wir es aufs schmerlichste bedauern, wenn diese ganze Aktion dann bestätigt würde, daß sich von neuem die Hoffnung im Lande und evangelischen Deutschen erwecken sollte. Das darf nicht sein! In dem, was in den letzten Wochen so große Sichterung unter den Deutschen hervorgerufen hat, sieht die evangelische Kirche in allergrößter Gewißheit schwach. Wahr ist, daß die Kirche gegen die deutschen Protestanten — bei uns z. B. in Krakau und Lublin — in erster Linie von Gläubersoziessen aufgegriffen ist; wahr ist, daß man bei verschiedenen bedeutenderen Schriften der Bevölkerung, die in letzter Zeit besonders in Lemberg vorlagen, die Hände solcher so eigneter evangelischer Gläubendge nossen nur zu deutlich spürte. Aber es waren doch immer nur einzelne. Wir wissen, daß die anderen evangelischen Gläubengenossen polnischer Nationalität ein solches Vor gehen missbilligen und betauern. Aber unverfehrt müssen wir unsere deutschen Brüder nachdrücklich daran hinstellen, daß sie sich in der gegenwärtigen Stimmung nicht etwa verletzen lassen, auch ihrerseits in Übertragungen und Einsichtigkeiten zu versuchen. Sehen wir die Sache nicht kleinlich und in beschränkter Einsichtigkeit, sondern blicken wir sie vor der Höhe aus und saggen wir grade in der gegenwärtigen schweren Stunde die Führung mit unserm polnischen Gläubengenossen nicht zu verlieren. Denn diese werden es sich ihrerseits kaum verhöhnen, daß

die gegenwärtige Regierungspolitik, welche heute die nationalen Minoritäten bedroht, sich morgen ebenso gegen die religiösen werden wird. Wir spüren schon unweiterlei davon. Wir haben gegenwärtig alle, ob polnische oder deutsche Protestant, einen Interesse, nämlich, daß uns die Rechte nicht verlängert werden, welche uns nach der Besetzung zu kommen.

Vorwurfs ist jetzt weiter anzuführen, daß in dies, das wir uns verstecken. Unser Blatt hat auch vor dem Krieg immer wieder betont, daß das Evangelium nicht aus Deutschland gebunden werden darf, daß wir in diesem Lande uns selbst das Evangelium bewußt sein müssen, denn wir gegenüber unseren Mitmenschen arbeitet Jesus und anderen Völkern ums haber. Wir begreifen es auch, daß nach der Wiederherstellung des polnischen Staates die Hoffnungen unserer christlichen Gläubengenossen gewaltig gesteigert sind, daß sie sich einer großen Mission innerhalb ihres Volkes bewußt geworden sind. Und wir wollen auch so objektiv sein, wie stärker dafür zu haben, daß ihnen der vorwiegend deutsche Charakter des in Polen vorhandenen Protestantismus für die Durchsetzung ihrer Ideale als etwas Hindernis erscheint.

Aber auf der andern Seite müßt Ihr lieben polnischen Gläubengen, ehrlich und ehrlich habt ihr es vielleicht auch einsehen: Der Protestantismus in Polen hat nun einmal diesen Charakter. Er beruht in den meisten Teileien größtenteils auf der deutschen Kolonisation. Seine Träger sind nun einmal größtenteils Männer, die gern ihr Volkstum festhalten wollen. Und ist das ein Verbrechen? Könnt Ihr Euch mit den Christen nicht halb unseres Staates identifizieren, welche in der Ausbildung des deutschen Volksstums ihr Ziel sehen? Ist nicht eine Feststellung der polnischen Republik eine sehr schöner und viel edler und sollte sie nicht gerade von Euch vertreten werden, daß diese Republik eine treue wohlwollende Mutter für alle Ihre Kinder, sagen wir meinetwegen für die leiblichen Kinder ebenso wie für die Ihr nach Gottes Willen anvertrauten Kindergarten, sein muß?

Die Stellung von uns deutschen Protestanten innerhalb des polnischen Staates ist kurz gesagt die folgende: Wir stellen uns selbstverständlich ohne jeden Vorbehalt auf den Boden der gewordenen Neutralität. Wir fühlen uns durch unsere Stellung zur heiligen Christus durchaus gerechtfertigt, dem Staate, in dem wir leben und in dem wir die Rechte von Bürgern genießen, treu zu sein, seine Gesetze zu beobachten und uns von allen staatsfeindlichen oder staatsverrätherischen Umtreibern fern zu halten. Indem wir freudia alle Flüchtlinge füllen, beanspruchen wir allerdings auch die uns als Mitgliedern einer freien Republik zu ermöglichen und durch die Konstitution gewährleisteter Rechte. Da nach der Konstitution alle Untertanen ohne Unterschied das Recht haben, ihre Nationalität zu bewahren und ihre Sprache und nationale Eigentümlichkeiten zu pflegen, so nehmen wir dieses Recht auch für die Deutschen in Anspruch. Denn wir betrachten allerhöchstes die Treue gegenüber dem angestammten Volk als eine feste Pflicht. Wir sind auch fest überzeugt, daß das rechte Leben in allen Teilen unserer Kirche, die deutsch oder überwiegend deutsch sind, zur geheißen ist, wenn es angeschwemmtes Volkstum nicht verlegt oder unterdrückt wird.

Dass eine deutsche Minorität, ob groß oder klein, innerhalb eines Staates, dessen überwiegende Bevölkerung einer anderen Nationalität angehört, keineswegs ein gefährliches Element ist, im Gedenken aufserordentlich mögliches, ja Staatsverhaltendes Element darstellt, das beweist die Geschichte. Man braucht nur auf die evangelischen Päpste in den Ostseeprovinzen, diese treuesten Träger des alten russischen Staatengebundens, wie ebenso auf die ebenfalls evangelischen Siebenbürgen Sachsen hinzuweisen, die auch, wie sie im ungarischen Kaiserreich sie die "Pflichten mit der Staatskunst zu vereinigen wußten, jetzt in neuen Großgrundbesitz wieder die volle Achtung und Anerkennung der Regierung erwiesen haben, soweit sie nie an ihrem Glauben, so auch an ihrem Volkstum festgehalten und aus dieser seit einem halben Jahrtausend unter schwierigsten Verhältnissen gezeigt haben Treue keinen Fehl machen.

Wenn unsre Freunde erklären, daß sie im ungarischen Nationalität bislang unser Staat nicht verfehlt und ihm gerecht werden wollen, dann ist nicht ein weiter, warum wir nicht innerhalb unserer Gemeinden auf dem Boden des gemeinsamen Glaubens, im Blick auf den gemeinsamen Heiland ein friedliches und freundliches Zusammenleben führen, ja gemeinsam in Segen an der Lösung der großen Probleme unseres Staates setzen und et gern zusammenarbeiten wollen, die gegenwärtig Europa und die Welt bewirkt.

Polens liebe Freunde, die Franzosen.

Französisierung der polnischen Bevölkerung in Frankreich.

Die Gesamtmission für Schulfragen beschäftigt sich in ihrer Dienstlogistik u. a. mit der Gelegenheit der ungünstigen Rückfrage von Seiten des Staates über die polnische Emigration in Frankreich.

Hierzu ergriß ein Vertreter der N. P. N., Abg. Milczenko, das Wort. In einem längeren Referat wies er darauf hin, daß sich in Frankreich über 200 000 polnische Emigranten befinden. Wenn man den Umstand in Erwägung zieht, daß die jetzt im Nahgebiet dicht besiedelten 75 000 polnischen Arbeitnehmer in der nächsten Zeit nach Frankreich übersiedeln werden und daß noch eine ähnliche Anzahl



General-Vertretung für Polen
Gens & Co.
Warschau, Maiszaikowska 13a.

460

Fensterglas jeder Art

empfiehlt
L. Lewin, Petrikauer Nr. 83
Günstige Zahlungsbedingungen.

polnischer Arbeiter nach Frankreich verloren wird, so kann man schon heute sagen, daß in der nächsten Zeit gegen 500 000 polnischer Arbeiter sich dort ansiedeln werden. Bis jetzt befinden sich nur in 18 Ortschaften polnische Schulen. Diese Schulen können kaum 3-15 Proz. der polnischen Kinder ausnehmen, eben so viel Prozent dieser Kinder besuchen französische Schulen, die übrigen wachsen ohne jeglichen Unterricht auf. Die französische Regierung tut alles Mögliche, um die polnischen Kinder zu entnationalisieren. Der Redner verlangt, daß die polnischen Geistlichen und Lehrer durch die polnischen Konsulate ihre Gehälter erhalten und auf diese Weise von der polnischen Regierung abhängig gemacht werden.

Bezeichnend für die "Freundschaft" unserer französischen Bundesgenossen waren auch die Ausführungen des nächsten Redners, der Vororten Solnica, die darauf hinaus, daß die Gefahr für die polnischen Kinder in Frankreich viel größer sei, als sie in Deutschland war. Man habe Deutschland als einen Feind betrachtet und sich gegen die Germanisierung gewehrt, die Franzosen betrachte man aber als Verbündete und Freunde und wehrt sich gegen die französische Regierung aus und beweist sich die Zahl der Franzosen auf Kosten der Polen zu vergrößern.

Nachdem doch die Abgeordneten Ancker und Nowicki hierzu das Wort ergriffen hatten und nochdem die Abgeordneten Biorkowski und Kornecki die Loge des polnischen Schulmeisters und der katholischen Pflege der katholischen Polen in Amerika, Auckland, Blaauw und Sylt geschildert hatten, wurde eine Resolution eingereicht, die die Regierung auffordert einen Plan der Unterstützung und der Fürsorge für die polnischen Schulen im Auslande auszuarbeiten von dem Sejm vorzulegen.

Die Vertreter des Unterrichtsministeriums und des Ministeriums des Innern erklärten, daß die Regierung jetzt schon sich der polnischen Schulen im Auslande annähme und sie noch Möglichkeiten eröffne. Bei der Erneuerung der französisch-polnischen Konvention werde die Regierung Bedingungen stellen, die der Seminarkommission bei gleicher Gelegenheit zur Kenntnis gebracht werden.

Hilf er geistlich Frank?

Wissachen, 20. November. (Pal.) Hier geht das Gericht um, daß Hitler in einem Sanatorium untergebracht werden soll, um seinen Gesundheitszustand zu verbessern. Zuzeit befindet er sich in einer Staatsklinik Northenhus.

Italienreisen deutscher Exprinzen.
Rom, 20. November. (Pal.) "Giornale d'Italia" berichtet, daß der dritte Sohn des Grafen Bilmont, Adalbert, in Zeitung zweier deutscher Prinzen in Meran eingefangen ist. Der geweine Kurprinz Wilhelm brachtigt sich gleichfalls nach Meran zu bigen und aledarn um die Einladung zur Kurreise nach Italien einzutrommern.

Er gibt die Hoffnung nicht auf.

Rauen, 19. November. In einem Brief an eine Partei-Kurve erklärt der Hochverdienten Torek, daß die Bemühungen, eine rheinisch-polnische Republik zu schaffen, infolge des sogenannten Vertrags gescheitert seien. Er gebe jedoch die Hoffnung auf die Gründung eines autonomen Staates mit Lublin als Hauptstadt nicht auf.

Ein Hassbefehl Degouttes gegen Hugo Stinnes?

Berlin, 20. November. In Berlin ist eine Melbung des Parteien "Salafist" bearbeitet worden, wonach General Degoutte einen Hassbefehl gegen Hugo Stinnes erlassen hat. Außerdem soll nach weiteren in Berlin türkischen Gerichten General Degoutte auch gegen die übrigen Industriellen, die mit dem Kapitalismus für den Widerstand gekämpft haben, Hassbefehle erlassen haben. Was Hugo Stinnes betrifft, so ist festzuhalten, daß er seit

einiger Zeit in Berlin weilt. Im übrigen wird jedoch von den zuständigen Stellen die Meldung des „Intronisseur“ als unrichtig bezeichnet. Von Befehlen des Generals Degoutte gegen Ruhrindustrie ist hier nichts bekannt.

Diese Gerüchte scheinen ihren Ursprung in der Ergebnislosigkeit der Verhandlungen zu haben, die zwischen den Schwerindustriellen und der französischen Ingenieurkommission wegen der Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet gepflogen worden sind. Diese Verhandlungen sind gescheitert, weil, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, der Gegenwert der zu liefernden Kohle und des Transports nicht auf das Reparationskonto gesetzt und so dem Reiche vergütet werden, sondern auf ein anderes Konto geschrieben werden sollte. Dies wurde von den deutschen Vertretern abgelehnt, weil nach den Bestimmungen über die Reparationsleistungen die Kohlenlieferungen auf das Reparationskonto zur Abrechnung kommen sollten. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ knüpft an diese Meldung scharfe Angriffe gegen die französische Regierung, der sie vormirkt, durch diese Art der Verhandlungen die Absicht verfolgt zu haben, die Kohlenlieferung zur Deckung der Besatzungskosten zu verwenden.

Boykott der Schweiz durch Sowjetrussland.

Moskau, 21. Nov. (Pat.) In einer Unterredung über den Freispruch Conradis und Polunins erklärte der Sonderkommissar für Aeußeres, Tschitscherin, daß die Tat Conradis ein Verbrechen der schweizerischen Regierung sei und daß die Schweiz für die Basler Mordtat schwer büßen werde. Russland werde von diesem Augenblick an jegliche mittelbaren und unmittelbaren Beziehungen zur Schweiz abbrennen. Der Boykott der Schweiz werde auf der ganzen Linie durchgeführt werden. Die Schweiz habe aufgehört, für Sowjetrussland zu bestehen.

Bern, 20. November. (Pat.) Der Bundesrat hat beschlossen, den im Prozeß gegen Conradi mitangestellten Polunin, ausszuweisen.

Die neue österreichische Nationalversammlung.

Wien, 20. November. (Pat.) Die österreichische Nationalversammlung hat sich konstituiert. Zum Präsidenten wurden der Christlichsoziale Nillisch, und zu Stellvertretern der Sozialdemokrat Ederer sowie der Deutschnationale Dinghofer gewählt. Der Vorsitzende teilte in einer Rede mit, daß die Regierung formell um ihren Rücktritt eingekommen sei. Nach kurzer Unterbrechung fanden die Neuwahlen statt, bei denen das bisherige Kabinett mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wieder gewählt wurde. Bundeskanzler Seipel erklärte heraus, daß die Regierung die Wiederwahl annehme.

Erneuerung des Gerichtsverfahrens gegen Nikolow.

Prag, 21. November. (Pat.) Der Staatsgerichtshof hat der Fortsetzung der Staatsanwaltschaft stattgegeben und den Prozeß gegen den Mörder des ehemaligen Ministers Daskalow, Nikolow erneut aufgenommen.

Das endgültige Ergebnis der bulgarischen Parlamentswahlen.

Sofia, 21. November. (Pat.) Die bulgarische Telegraphenagentur gibt nachstehendes endgültige Ergebnis der Parlamentswahlen bekannt: Regierungskoalition 201, Nationalliberalen 7 und die mit der Volkspartei gemeinsam vorgehenden Kommunisten 39 Mandate. Das neue Abgeordnetenhaus wird wahrscheinlich am 1. Dezember zusammentreten.

Dornen und Disteln.

Eine Tatarennachricht enthält der „Revaler Bote“. Aus Nauen wird ihm ein Überfall auf die Warschauer Zitadelle gemeldet. Danach sollen sozialistisch-revolutionäre Banden die Wache in der Zitadelle überfallen haben, wobei bei dem sich entspinnenden Kampf und der Wiederherstellung der Ordnung die Truppen 25 Aufrührer getötet, 49 schwer und 29 leicht verwundet haben sollen.

Uns ist von einem solchen Überfall nichts bekannt geworden. Augenscheinlich ist in Nauen ein Mann ange stellt, der hellscherische Begabung zeigt, denn er sieht Vorgänge, die sich höchstens in der Zukunft abspielen werden. hätte ein gewöhnlicher Sterblicher oder vielleicht sogar eine deutsche Zeitung ein solches Gerücht, das im höchsten Maße geeignet ist, die Öffentlichkeit zu beunruhigen (§ 263 des Strafgesetzbuches), verbreitet, der Staatsanwalt hätte ihn, und mit Recht, sofort beim Schlaflichten gehabt. So aber hört und sieht der Staatsanwalt nichts und läßt sich bei der Überwachung jedes Schrittes und jeder Handlung der „inneren Feinde Polens“, der bösen Deutschen, nicht fören.

Es gibt halt zweierlei Maß!

Der Wojewode von Pommerellen erschließt eine Kundgebung an die Bevölkerung, in der folgende alarmierende Stellen vorkommen: Der abenteuerliche erstgeborene Sohn Wilhelms II. ist bereits an der Grenze Polisch-Oberschlesiens und trifft Anstalten, um uns die reiche Land der schwarzen Diamanten, ohne welche die polnische Industrie nicht bestehen könnte, zu entreißen.

Der Deutsche als Kaufmann im alten Polen.

(2. Fortsetzung)

Die größte Bedeutung für den geschäftlichen Verkehr mit Polen besaß Nürnberg. Schon 1365 gewährte König Kasimir der Große den Nürnberger Kaufleuten Handelsfreiheiten in Polen. Seit diesem Zeitpunkt entwickelte sich der Handel mit den polnischen Städten, in erster Linie mit Krakau, immer mehr. Die Krakauer Stadt hörte überliefern eine große Anzahl von Namen Nürnberger Kaufleute, die in der Hauptstadt Polens wohnten. Die bedeutendsten unter ihnen sind: Konrad Seyler, Johann Meyer und Kunz Sera von St. Gallen, der trotz des Verbots, mit dem Adel in Handelsbeziehungen zu treten, mit einigen reichen Magnaten des Landes ein Freundschaftsabschluß, wofür er nun freilich, nachdem er seinen Verpflichtungen nachgekommen war, zur Verantwortung gezwungen wurde. Von den Krakauer Kaufleuten handelte mit Nürnberg vor allem Walther Ressinger, Hannus Henskil und Johann Boner. Kunz Wolff schuldet dem Nürnberger Kaufmann Wilhelm Holczschuh 500 — Hemtil und Nikolaus Vitrich dem Kristoff Schwerlein aus Nürnberg wiederum 1151½ Goldgulden, ein Beweis, wie bedeutend dieser Handel sein mußte. (Ehrla, S. 88 u. f. f.)

Manche dieser Kaufleute erwarben sich unermöglich Reichtümer. Der Name Wierzynel, der seinem Könige und dem deutschen Kaiser Geld geliehen hatte, ging in die Geschichte über. Wierzynel beförderte die Waren auf eigenen Schiffen nach den Niederlanden und nach Spanien. Seyfried Belmann „von Wenzenburgh“ verschrieb seiner ersten Frau zunächst 800, dann 2000 Gulden, seines zweiten 5000 Gulden „Morgengabe“, eine Summe, wie sie sonst nur die hervorragendsten Magnatenächter als Mitgift erhalten. Als er, 1515, starb, hinterließ er einige Häuser, ein Hüttenwerk in Olszus, dazu Landgüter, Gutsböfe, große Summen Bargeld, endlich bedeutende Schuldforderungen, die auf verschiedenen Häusern in Krakau verschworen waren. Noch hervorragender war Johann Boner aus London, der Hoflieferant des Königs, der einen überaus großen Einfluß auf die landessätzlichen Finanzen erhielt. Ihm ist es zuzuschreiben, daß damals in Polen eine Trennung zwischen den für die persönliche Bedürfnisse des Königs und den zu staatlichen Zwecken bestimmten Geldern. Wie reich seine Geldmittel waren, geht allein aus dem Umstande hervor, daß der Staat ihm und seinen Genossen 150 Tausend Gulden schuldete, eine für jene Zeit ungeheure Summe. Als dieser „dem Könige teure und dem Staat unentbehrliche“ Mann starb, ließ er Besitzungen nicht nur in verschiedenen Städten Polens, sondern auch in Ungarn und Deutschland zurück. Seine Stellung in Polen kann mit jener seines Zeitgenossen Jakob Fugger in Deutschland verglichen werden.

Auch in anderen Städten gab es Kaufherren, die großes Vermögen besaßen, Dörfer und Städte gründeten, als Förderer der Wissenschaften und Kunstmäzene austraten. Im Jahre 1655 starb z. B. in Lemberg Matthias Hayder, der ein Tuchwarengeschäft besaß. In seinem Nachlaß fand sich eine Fülle von Kunstgegenständen, kostbare Tafelgeräte, Uhren und anderer Schmuck, darunter 39 orientalische Teppiche und ein ganzes Arsenal von Waffen mit der Hausmarke der Handwerker. Auf dem Gutshof fanden sich so prächtige Rosse, daß eines der Reitpferde von Johann Sobieki, dem späteren Könige erstanden wurde. Das Leichenbegängnis kostete 1206 Gulden und das in einer Zeit, in der man für 3 Gulden den größten Ochsen kaufen konnte. — (R. Fr. Kaindl, Geschichte der Deutschen in den Karpathenländern, 1907, Bd. 1, S. 330 ff.) Kein Wunder, daß die größten Magnaten Polens um die Hand ihrer Töchter warben. So heiratete

im 14. Jahrhundert der Kastellan von Sandomir, Kristin von Roziegłowny eine Tochter und Sohn von Neż, ein andere Tochter des Hauptmanns Hans Bort. Mit der Familie Wierzynel sind die Familien von Welschini und andere verwandt. Die Tochter des Krakauer Kaufmanns Winł aus Danzig ist die Frau des Kastellans Domatrat von Rybnik, die Tochter des Michael Czirler die Frau des Lorenz Bielka Kalinowski, Kastellan von Sieradz. Die Tochter des Jan Baclorowski ist Magdalene Kajnauer, die des Kelmita von Melzyn eine Agnes Schwarzer. Tęczyński geht die Ehe mit der Tochter des Leonhard Vogelwedder ein. Stanislaw Radimski, der Sohn des Wojewoden von Wilna — mit Magdalene Boner, Nikolaus Gilowksi — Kastellan von Sandomir; mit Anna Banza. Die angeführten Familien gehören zu den vornehmsten des Landes. Die Beispiele von Geschlechtern zwischen dem niederen Adel und den deutschen Bürgern Krakau sind dagegen so zahlreich, daß es unmöglich wäre, sie aufzuzählen. Dasselbe geschah in anderen Städten Polens: Lemberg, Posen, Thorn, Danzig, Lublin, Bendzin, Sandmir, Radom, Kalisch, Wielun usw. So heiratet, um noch ein Beispiel anzuführen, Stanislaw Malczyski aus Chownianice die in Lemberg gebürtige Margaretha Nyman. deren Mitgift aus zwei Steinhäusern in Lemberg und einem Landgut bei Halisch bestand. Aus diesen reichen Kaufmannsfamilien entstanden mit der Zeit die vornehmen Familien des Landes, die zum großen Teil auch in den Adelstand erhoben wurden. Zu diesen gehören im 14. Jahrhundert die Familien Wierzynel-Wirsing, Melzyn, Herbart, Jordan und in den nächsten Jahrhunderten die Familien Salomon, Kitzstein, Hille (Fürstiger), Bort, Bemir, Morszyn, Szembek. (J. Ptasnik, Miasto w Polsce, S. 106 u. ff.) (Fortsetzung folgt.)

Lokales.

Lodz, den 22. November 1923.
Kündigung des Lohnabkommens in der Textilindustrie.

bip. Gestern fand in den Räumen des Textilindustrieverbandes auf Anregung der Industriellen eine Konferenz von Industrie- und Arbeitervertretern statt. Der Vertreter der Industriellen, Ing. Rumpel, erklärte, daß die Industriellen angesichts des herrschenden Bargeldmangels und des Stillstandes im Handel, die von der Teurungskommission ermittelten 60 Proz. den Arbeitern nur unter der Bedingung zulegen könnten, daß diese Lohn erhöhung nicht in den Provinzstädten, wie Czestochowa, Bielsko, Tomaszow, Bydgoszcz angewandt wird, da es in diesen Städten keine Straßenbahnen gibt, ohne die der Teurungszuwachs in Lodz nur 48 Proz. betragen hätte. Da die Arbeitervertreter sich damit auf keinen Fall einverstanden erklärten, zog Ing. Rumpel seinen Vorschlag zurück, erklärte aber, daß die Industriellen die Lohn erhöhung bei Büroangestellten und Expedienten nicht anwenden werden. Hierauf erwiderten die Arbeitervertreter, daß sie darauf nicht eingehen können und daß sie sich einem etwaigen Streit der Büroangestellten anschließen würden.

Nun schilderte Ing. Rumpel in längeren Ausführungen die Notlage der Industrie, worauf er im Namen der Industriellen den Vertrag vom 31. Juli, worin sie sich verpflichteten, die Löhne alle 14 Tage gemäß den Berechnungen der statistischen Teurungskommission zu regeln, kündigte. Herr Rumpel betonte hierbei, daß die Indu-

stättsverbrechen“ muß nun durch Schließung der Kunstu stätte geführt werden.

Wie heißt es doch in einem bekannten Buch: „Wo aber die Menschen schweigen werden, werden die Steine schreien.“ Laßt euch das gesagt sein, ihr Herren, die ihr keine Kritik vertragen könnt! *

Allezeit deutschfeindlich! — das ist die Parole der „Rzecznostpolita“. Selbst die Film schau muß der deutschfeindlichen Propaganda dienen. Wir lesen da in einer der letzten Nummern: „Das Repertoire unserer Kinotherater beginnt immer besser zu werden. Der deutsche Ton beginnt in das Dunkel trauriger Vergangenheit hinzublicken und mit ihm die abgegriffene Berliner Schablone, mit der man uns viel zu lange gefüllt hat. Amerikanische und französische Filme sind heute an der Tagesordnung.“

Wat dem einen sien Uhl, is dem annern sien Nachtgall, seggt Fritz Reuter. Mancher mag ja für den französischen pornographischen Quark und die amerikanischen Akrobatenfilme schwärmen — der gute Film ist deutsches Erzeugnis. Das gibt selbst die „Rzecznostpolita“ zu — wenn sie glaubt, es mit keinem deutschen Film zu tun zu haben. So nennt derselbe Filmrezent, aus dessen Feder das obige Zitat geflossen ist, den deutschen Film „Sterbende Völker“ sehr unterhaltsend, da er interessante Gestalten bringe und originell aufgemacht sei. Der Film habe einen großen moralischen und künstlerischen Wert.

So kann man manchmal wider Willen die Wahrheit schreiben.

A. K.

Ein anderer hohenzoller wartet auf die Gelegenheit, um in unser geliebtes Pommereien einzudringen zu können und somit Polen vom Meere abzuschneiden, was unseren wirtschaftlichen Ruin herbeiführen würde. An der Ostgrenze werden Bolschewiken in Massen zusammengezogen, um gegen Wilna, Wolhynien und Lemberg zu marschieren.

Die polnischen Chauvinisten sind gar merkwürdige Leute. Man konnte das neuerdings anlässlich der Judenverfolgungen in Bayern wieder feststellen. Da regten sie sich mächtig darüber auf, daß Bayern die polnischen Juden austreift. Das Aufheben der polnischen Regierung gegen Bayern nahm in ihrer Presse schier kein Ende — der Uneingeweihte mußte den Eindruck gewinnen, daß die polnischen Rozwój-Menschen die größten Judenfreunde von der Welt sind. So erbittert wetterten die rechten Blätter gegen die bayrischen Hakenkreuzer.

Das war jedoch alles nur Verstellung, Politik, Angst — was ihr wollt! Das Hakenkreuz ist jetzt auch das Symbol der polnischen antisemitischen Rozwój-Gesellschaft geworden, auf deren neuesten Plakaten dieses urgermanische Symbol prangt.

Neugierig bin ich nun, ob der „Rozwój“, der „Kurier Lódzki“, die „Rzecznostpolita“ und die übrigen schwarzen Blätter Polens die deutschen „hakenkreuzerzy“ noch immer so verächtlich behandeln werden.

In Warschau wird das Theater: „Qui pro quo“ geschlossen. Warum? Weil das Theater die politische Szene pflegt und manchmal auch einem hochgestellten Zopsträger eins mit der Pritsche versetzt. Dieses „Maje-

striesen sich in Zukunft bei den Lohnregelungen mehr oder weniger an die Berechnungen der statistischen Teuerungskommission halten werden, jedoch ohne sich in dieser Hinsicht irgendwie zu binden. Die Vertreter der Arbeiter antworteten, daß sie sich mit einem Bruch des Sozialabkommen unter keinen Umständen einverstanden erklären können und daß die Arbeiterverbände für die Folgen, die die Räundung des Vertrages seitens der Industriellen nach sich ziehen könnte, keine Verantwortung übernehmen.

bip. Gestern fand im Zusammenhang mit der Räundung des Sozialabkommen durch die Industriellen eine Versammlung der Arbeiterdelegierten des Verbandes „Praca“ statt. Während der Ausprache erklärten diese, daß sie mit einer Kürdigung des Sozialabkommen in einer Zeit, da die Teuerung wäre, nicht einverstanden seien. Ihre Bedeutung sei erheblich. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, in der die Arbeiter gegen die beständige Ignoranz der Berechnungen der Teuerungskommission Einspruch erheben und erläutern, in diesem Fall mit den schärferen Mitteln vorzugehen. In der Entwicklung wird das weiteren verlangt, das Wucherum energischer zu bekämpfen und die Strafen für Wucherer zu erhöhen.

bip. Gleichzeitig fand eine Versammlung der Delegierten des Kleinerverandes statt, auf der ebenfalls die Angelegenheit der Räundung des Sozialabkommen zur Sprache gelangte. Herr Kalwyrzki erklärte, daß die Hauptverwaltung des Verbandes im Hinblick auf den Ernst der Frage alle Anstrengungen machen werde, damit die Erhöhung der Löhne nach den Feststellungen der Teuerungskommission gesetzlich geregelt werde, damit die ständigen Konflikte mit den Industriellen aufhören. In einer mehrstündigen Aussprache verlangten die Redner, daß alle Abgeordneten der Linken eine Aktion zwecks Abschaffung der Wirtschaftseinschränkungen in der Industrie in die Wege leiten sollten. Das weitere wurde die Hauptverwaltung aufgefordert, eine gemeinsame Konferenz aller Handwerksverbände einzurufen, um eine einheitliche Front gegen die Abfertigung der Industriellen zu bilden.

Die Gehaltserhöhung gesichert! Wie wir erfahren, wurde seitens der Tarifbehörde alles getan, den Industriellen das für die heutige Auszahlung erforderliche Geld zur Verfügung zu stellen. Mit Rücksicht darauf ist zu erwarten, daß die Industriellen heute in der Lage sein werden, die vollen Löhne auszuzahlen.

Die Tagesordnung der heutigen statthaftesten Stadtversammlung umfaßt folgende Punkte: 1. Mitteilungen, 2. Berichte des Stadtratzausschusses für allgemeine Fragen in Sachen der Versicherung in den Aufstand des Magistratsbeamten Jabol Samulski, des Erwerbs des Mühlenbesitzes Jendrzejow zum Bau von Wohnhäusern für Arbeiter und Beamte, der Sanierung der städtischen Anlagen und Plätze im Zusammenhang mit der überhandnehmenden Typhusepidemie, der Verlegung der Bajerzer und Aleksanderz Bahnstationen, der übermäßigen Erhöhung des Straßenbahnpfarrpreises, 3. Berichte des Stadtratzausschusses für Finanz- und Haushaltssachen, insbesondere einer Unterstützung für das chemische Forschungsinstitut, der Erhöhung der Schilder und Reklamelebühnen, einer Untersuchung für das Lodzer Philharmonische Orchester, der Errichtung der Unterstellungen für mehrere Wohltätigkeitsanstalten, der Anwendung des Gesetzes vom 11. 8. 23 bei der Beweisung und Einziehung der selbständigen Kommunalsteuern, der Beibehaltung der Hundesteuer, der Gas- und Elektrizitätssteuer, der Steuer für Eisenbahnladungen, der Hotelsteuer, der Straßen- und Bahnverkehrsfahrtensteuer, der Konselgefehren, der Wohnungsteuer, der Steuer für protestierte Wechsel sowie der Steuer für Silber- und Neugoldseltern zuvorstehen der Stadt.

In unsres Busens Reine wogt ein Streben,
Sich einem höhen, Reinern, Unbekannten
Aus Dankbarkeit freiwillig hin ugeden,
Entziehnd sich den ewig Ungenannten;
Wir heißen: stromm sein!

Stolze Herzen.

Roman von Fr. Lehne.

(42 Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Seine Stimme hatte — zum ersten Male — einen herzlichen Klang und beruhigend lächelte er sie an. Wie gut ihn das Lächeln kleidete! Wie er jung aussah, wenn der schwere Ernst aus seinen Zügen wich!

Um sie her waren Lachen und Fröhlichkeit. Das gute Mahl, die auserlesenen Weine des Gastgebers erhöhten das Behagen, und die Stimmung wurde erst belebt, je mehr die Zeit vorschritt. Nur Klaus blieb davon unberührt. Es war Isabella nicht gelungen, ihn aus seiner Zurückhaltung herauszulocken, er hielt die Schranken aufrecht. Ein feindseliges Gefühl quoll in ihr auf, ein rasender Trotz — hatte sie denn gar keine Macht über ihn?

Man hatte sich erhoben. Die Herren umdrängten Isabella und überboten sich in Huldigungen. Die schöne Frau Löbbecke war die Königin des Abends. Sie ließ ihre glänzende Unterhaltungsgabe spielen und noch nie hatte man sie in so strahlender Laune gesehen! Aber in ihrer Stimme, in ihrem Lachen war ein fremder Ton und ihre großen Augen glänzten unnatürlich.

Klaus von Wallbourn beobachtete Isabella, die lässig in einem Klubessel saß, die weißen, ringgeschmückten Hände im Schoß gefaltet. Er konnte nicht klug werden aus dieser Frau: jetzt ließ sie sich den Hof machen

Die Lodzer Arbeitslosigkeit und die Regierung.

Wie wir bereits berichtet haben, begab sich eine Delegation mit Herrn Mechanikus Szyonowski an der Spitz aus Lodz nach Warschau, um bei den entsprechenden Regierungsstellen in der Angelegenheit der in Lodz um sich greifenden Arbeitslosigkeit vorzutreten.

Die Abordnung wurde vom Sejmarschall Rataj und vom Minister für Arbeit und soziale Fürsorge Smulski empfangen. Auf die ihm überreichte Denkschrift des Stadtrates erwiderte der Minister, daß die größeren Lodzer Fabriken in den nächsten Tagen den Vollbeschäftigung wieder aufnehmen werden, so daß die Lage der Arbeiter eine Besserung erlaubt ist. Was die von der Delegation beantragten Rechte zu öffentlichen Arbeiten betrifft, so vertritt der Minister, diese Angelegenheit dem Ministerrat zu unterbreiten. Bezeichlich des Gesetzes über die Versicherung der Arbeiter für den Fall der Arbeitslosigkeit, erklärt der Minister, daß generell darüber im Gesetzesentwurf für Rechtsfragen beraten werde, daß dieses Gesetz aber in jedem Falle erst im kommenden Jahr verpflichtende Kraft annehmen würde. In der Angelegenheit der Arbeitsvermittlungsmänner und der Fürsorge für Auswanderer wies der Minister darauf hin, daß dies gleichfalls kein sofortiges Mittel sei, daß das Ministerium in dieser Beziehung mit einer vakanen Reihe von Vorstößen aufgetreten ist. Nach zweitständigen Verhandlungen vertritt Minister Smulski, daß er die Angelegenheit dem Ministerrat unterbreiten und der Abordnung eine schriftliche Antwort erteilen werde.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß der ehemalige Stadtpresident von Lodz, Rzewski, der gleichfalls der Abordnung angehörte, während der Audienz dem Arbeitsminister gegenüber nochdrücklich betonte, daß die überaus traurige Lage des Lodzer Arbeiters vor allen Dingen auf den Umstand zurückzuführen sei, daß die Lodzer Industrie sich in den Händen der Halatiste befindet! Zu erwähnen ist ferner, daß auch das Delegationsteam sich dem Sejmarschall Rataj gegenüber in ähnlicher Weise äußerte und nicht umhin konnte zu verstreichen, daß die Lodzer Großindustrie, die sich in fremden Händen befindet, dadurch dem Staat gegenüber unbedingt feindlich gegenüberstehen müsse.

Aum. der Schriftg.: Daß Herr Młotek solchen Unfug duldet, braucht die Welt nicht zu erschüttern, dafür ist dieser Herr eine viel zu unbekannte Größe. Unternehmen muß es jedoch, daß Herr Rzemski vom Halatismus der Lodzer deutschen Industriellen keine Ahnung habe, daß er seine Mäßigung besser kennen. Und was sagt sein sozialistisches Gewissen zu seinem nationalistischen Ausfall?

bip. Ein neuer Fahrplan auf den Zusatzbahnen. Dwojł die Verwaltung der Lodzer Zusatzbahnen unlangst hoch und heilig versicherte, daß der Fahrplan auf den Zusatzbahnen bis zum 1. Dezember nicht erhöht wird, verpflichtete gestern ab neue Fahrpreise. Wir drücken unseren Zweck, über die Versicherung der Zusatzbahnen durch die Befreiung jener Notis aus. Für eine Fahrt von Lodz nach Bajerz wären jetzt zu zahlen 140 000 M., von Lodz nach Julianow 40000 M., Julianow—Gelenau 60 000 M., Gelenau—Bajerz 50 000 M., Bajerz—Rasztic—Dziorow 260 000 M., Lodz—Aleksandrów 180 000 M., Lodz—Bawarz 40 000 M., Bawarz—Rochanow 90 000 M., Rochanow—Aleksandrów 60 000 M., Lodz—Konstantynow 15 000 M., Lodz—Babiowice 200 000 M., Lodz—Ruda 95 000 M., Ruda—Kruszow 270 000 M.

Neue Waffen der Staatspolizei. Wie der „Dienst“ Budoski wissen will, wird die Staatspolizei

in kürzester Zeit eine neue Waffe erhalten. Es werden die „umluftspiegel“ sein, in einer Länge von ungefähr $\frac{1}{2}$ Meter, die die Polizeibeamten stets bei sich zu tragen haben. Schwer und voll davon nur in bringenden Notfällen gebraucht werden. Wenn sie dann wissen will, ob die Polizei ferner mit Gasgranaten ausgerüstet werden, durch deren Explosion sich Gas entwickeln, die in Brand reißen.

Zur Bekämpfung der Diphterie ist auf der letzten Sitzung der hygienischen Gesellschaft in Warschau beschlossen worden, die besondere Aufmerksamkeit der Bekämpfung der Diphterie zu verwenden. Verschiedene sollen all die neuen Methoden, die in Russland und Amerika in den letzten Jahren erprobt worden sind, auch in Polen zur Anwendung gelangen.

Die Zahl der Meldepflichtler betrug im September 59 651, darunter 27 433 Knaben und 32 218 Mädchen. Davon sind 36 010 katholischen, 5661 evangelischen Glaubensbekennnis, 17 577 Juden und 403 verschiedenen anderen Konfessionen annehmende Kinder. Diese Kinder waren in 160 aus 1333 Abteilungen bestehenden Volksschulen untergebracht.

Der Ausschank der Starkalkohole hat befluchtlich das Tauschen erreicht und das Augenmerk der Besiedler in gesiebtem Maße auf die in der Krautwurst, das gleichfalls kein sofortiges Mittel sei, daß das Ministerium in dieser Beziehung mit einer vakanen Reihe von Vorstößen aufgetreten ist. Nach zweitständigen Verhandlungen vertritt Minister Smulski, daß er die Angelegenheit dem Ministerrat unterbreiten und der Abordnung eine schriftliche Antwort erteilen werde.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß der ehemalige Stadtpresident von Lodz, Rzewski, der gleichfalls der Abordnung angehörte, während der Audienz dem Arbeitsminister gegenüber nochdrücklich betonte, daß die überaus traurige Lage des Lodzer Arbeiters vor allen Dingen auf den Umstand zurückzuführen sei, daß die Lodzer Industrie sich in den Händen der Halatiste befindet! Zu erwähnen ist ferner, daß auch das Delegationsteam sich dem Sejmarschall Rataj gegenüber in ähnlicher Weise äußerte und nicht umhin konnte zu verstreichen, daß die Lodzer Großindustrie, die sich in fremden Händen befindet, dadurch dem Staat gegenüber unbedingt feindlich gegenüberstehen müsse.

Aum. der Schriftg.: Daß Herr Młotek solchen Unfug duldet, braucht die Welt nicht zu erschüttern, dafür ist dieser Herr eine viel zu unbekannte Größe. Unternehmen muß es jedoch, daß Herr Rzemski vom Halatismus der Lodzer deutschen Industriellen keine Ahnung habe, daß er seine Mäßigung besser kennen. Und was sagt sein sozialistisches Gewissen zu seinem nationalistischen Ausfall?

bip. Mit Rücksicht darauf, daß die freien Krankenversicherungsvereine ihre Forderungen erarbeitet haben hat der Krankenversicherungsverein sich mit dem Arbeitsminister Smulski in Verbindung gesetzt der jedoch erklärte, daß er die Forderungen der Krankenversicherungsvereine in einer solchen Form nicht annehmen könne und er die Wunsch sei, den Kontakt einer Schiedsgerichts zur Schließung zu überweisen. Mit einer sochen Wollung der Firma wollen, aber die Krankenversicherungsvereine nicht einstehen, so daß jetzt nur noch ein Weg zur Wollung offen bleibt, nämlich der, die Einheit der Lodzer Arbeitergemeinde zu verschmelzen zu überweisen, was der Arbeitsminister um bereit getan hat.

Was um nur in Wilna? In Wilna macht sich ein Szenen der Reise bemerkbar. Ein sogenannter „amtlicher“ Mitarbeiter, das bisher 150 000 M. kostet, steht jetzt dank der Tätigkeit des Rechenschaftsberichts nur noch 180 000 M., in mehreren Gewerbearten sogar nur 100 000 M. Auch der Befreiungspreis ist um 10 000 M. für das Pfund gesunken. In Lodz aber steigen die Preise dank der Erhöhung des Wachramts tatsächlich!

bip. Der Wahlkampf. Die Wähler fordern gegenwärtig für das Maile von Grottkau 48 Proz. des Getreidepreises. Das Wirtschaftsamt hat dagegen angeordnet, nicht mehr als 38 Proz. des Getreidepreises

in einer Weise, als ob führen ihre Lebensbedingung sei — dann wieder lag ein Zug von tödlichem Gelangweil sein auf ihrem schönen, blassen Gesicht und ihre Augen blickten über alle hinweg — bis sie die Leinen trafen. Einst, unbewegt, sah er sie an, doch er hielt sich ihr fern. Und sie — sie hätte weinen mögen.

Man bat Ruth, zu singen, allen voran James Löbbecke, der kaum von ihrer Seite wisch.

Mit ihrem anmutigen Lächeln trat sie an den Flügel und beschrieb sich mit der Baronin Scheffer, einer brillanten Klavierspielerin, die sie begleiten wollte.

Jubelnd erklang ihre herrliche Stimme durch den Raum und rauschender Beifall dankte ihr. Immer neue Zugaben schmeichelte man ihr ab. Jetzt sang sie:

Sie li bten sich beide; doch keiner
Wollt es dem andern gestehen;
Sie lachen sich an so feindlich,
Und wollten vor Liebe vergehn!

Isabella erblickte jäh; sie neigte den Kopf und blickte vor sich nieder. Aber wie von unwiderstehlicher Gewalt getrieben, hob sie die Lider und sah gerade in Klausens Augen, die mit selbstsamem Ausdruck auf ihr ruhten. Heiße Röte stieg in ihr Gesicht — beider Blicke hasteten ineinander lange, lange — und Klaus wandte sich diesmal nicht weg. Wie die Empfindungen wickelte das Lied in ihnen beiden? Wie kam Ruth gerade zu diesem Lied?

Klaus preßte die Lippen fest aufeinander: Isabella Löbbecke war sein Schatz! — fast bis zum Wahnsinn liebte er die blonde, blonde Frau. Und sie? Mit Lou und Sommerzehn sehnte sie sich nach ihm — all ihr Stolz halte diese Liebe nicht unterdrücken können! Und er gehörte einer anderen!

Se waren längst gestorben,
Und wußten es selber kaum —

verholte das Lied leise, mit ergreifendem Ausdruck.

Isabella schaute leicht zusammen. Sterben? Nein,

sie wollte nicht sterben, sie wollte glücklich sein!

Weder warf sie einen scheuen Blick nach Klaus. Er sprach mit seiner Faust, hatte seinen dunklen Kopf zu ihr geneigt, und sie schaute ihn an.

Isabella erhob sich hastig und schritt zu der jungen Sängerin, die wie eine Königin von einem Kreis von Bewunderern umringt war, unter ihnen befand sich auch James Löbbecke, der unaufhörlich auf sie einsprach. Ruth achtete nicht darauf, was er sagte, er war ihr so wunderbar, daß sie kaum die Grenzen der Freiheit wahren konnte. Jetzt bat Isabella zu ihr. „Sie haben mich überrascht, Baroness; ich beglückwünsche Sie zu dieser Vollkommenheit“, sagte sie liebenswürdig. „Wie gern möchte ich Sie wieder hören.“

„Vielleicht schenkt uns die Baroness einmal das Vergnügen mit ihrer Gegenwart auf Birkenthal!“ bemerkte James eifrig, „wir würden unendlich glücklich darüber sein!“

„Ich begreife, meine Zeit ist außerst knapp“, entgegnete Ruth kühl.

Isabella fühlte sich durch die abweisende Haltung des Mädchens verletzt und James bekam einen roten Kopf.

„Auch uns tut es leid, daß Ruth morgen schon wieder abreisen muß“ sagte Ellen vermittelnd. „Vielleicht es ein andermal besser, sie hat uns verprochen, bald wieder zu kommen.“

Die Herren folgten ihr der Einladung des Landrats nach den Rauch- und Spielzimmern.

(Fortsetzung folgt)

